

Andri Heimann, Robin Gut, Daniel Kübler

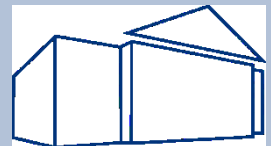
# Die Jugend und die Citoyenneté der Zukunft

Studienbericht

Im Auftrag der Schweizerischen UNESCO-Kommission  
und der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 25  
August, 2023

[www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch)



## Zusammenfassung

### Ausgangslage und Zielsetzungen der Studie

Im Herbst 2023 findet in der Schweiz der Zukunftsrat U24 statt. Beim Zukunftsrat handelt es sich um ein neues Format der politischen Beteiligung, der seine Teilnehmer:innen per Losverfahren bestimmt. Zielgruppe des ersten Zukunftsrates sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 24 Jahren (U24). Im Rahmen dieser Durchführung beauftragte die Schweizerische UNESCO-Kommission und die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft das Zentrum für Demokratie Aarau damit, innerhalb dieser Zielgruppe eine repräsentative Befragung durchzuführen. Die Befragung soll erstens Auskunft darüber geben, welche Partizipationsvoraussetzungen Jugendliche und junge Erwachsene mitbringen und wie sie über verschiedene Demokratievorstellungen denken. Zweitens soll sie Erkenntnisse über die gegenwärtigen politischen Partizipationspraktiken liefern. Drittens soll sie aufzeigen, inwiefern Jugendliche und junge Erwachsene gewillt sind, in Zukunft verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. Letztere Frage ist insbesondere im Zusammenhang mit dem 2023 stattfindenden Zukunftsrat U24 von Interesse. Die Befragung fand im Frühling 2023 statt. Insgesamt haben 4'589 Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz an der Befragung teilgenommen.

### Partizipationsvoraussetzungen

Die Resultate zeigen, dass die Voraussetzungen zur politischen Partizipation unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich gegeben sind. Rund 60 Prozent der Befragten geben an, politisch interessiert zu sein. Am höchsten ist das Interesse insbesondere für Abstimmungen in der Schweiz, internationale Politik oder einzelne Themen (z.B. Umweltpolitik). Dagegen ist das Interesse für Gemeindepolitik oder Wahlen in der Schweiz am wenigsten ausgeprägt. Die Mehrheit der Befragten informiert sich zudem mehrmals pro Woche über politische Themen. Soziale Medien wie z.B. Instagram oder TikTok sind mittlerweile die wichtigsten politischen Informationsquellen für die junge Generation. 69 Prozent der Befragten verfolgen politische Themen in den sozialen Medien mehrmals pro Woche.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass sich eine Mehrheit der Befragten die politische Teilhabe zutraut. Rund drei Viertel fühlen sich befähigt, wichtige politische Fragen gut zu verstehen und einschätzen zu können. Ebenso viele geben an, kein Problem damit zu haben, die eigenen politischen Überzeugungen zu äussern. Demgegenüber steht eine grosse Minderheit der Befragten, die sich lieber von politischen Diskussionen fernhält. Sei dies, weil sie in einer politischen Diskussion nicht als naiv oder unwissend erscheinen wollen (41%) oder weil sie finden, dass es schnell einmal zu Konflikten führen kann, wenn über Politik diskutiert wird (44%). Rund 16 Prozent der Befragten fürchten sogar, sozial ausgegrenzt zu werden, wenn sie ihre Meinungen offen teilen.

Die Resultate über die Einstellungen zur Demokratie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen indes, dass die Jugendlichen ein hohes Grundvertrauen gegenüber den politischen Institutionen und eine hohe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz aufweisen (89%). Insbesondere die direkte Demokratie mit Volksabstimmungen schätzen 87 Prozent der Befragten als ein gutes Mittel ein, über wichtige politische Fragen zu entscheiden. Weitaus kritischer sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Politiker:innen und politischen Parteien. Nur gerade ein Drittel (34%) ist der Ansicht, dass die Politiker:innen ihre Anliegen und Interessen genügend berücksichtigen. Zudem vertrauen lediglich 38 Prozent der Befragten den politischen Parteien.

## Politische Partizipationspraxis

Der Studie liegt ein weiter Begriff von politischer Partizipation zu Grunde, der sowohl institutionelle Beteiligungsformen wie z.B. Wählen und Abstimmen, als auch nicht-institutionelle Formen wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder das Engagement in gemeinnützigen Organisationen umfasst. Basierend auf der unterschiedlichen Nutzung dieser Beteiligungsmöglichkeiten identifizieren wir verschiedene Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich auf ähnliche Art und Weise politisch engagieren.

Die Stimmberechtigten (die über 18-Jährigen Schweizer:innen), die rund 62.5% Prozent der Befragten ausmachen, wurden vier verschiedenen Partizipationstypen zugeordnet: *Den Apolitischen*, die sich nicht politisch beteiligen und sich lieber aus der Politik fernhalten. Diese Gruppe macht rund 15 Prozent der Stimmberechtigten aus. Jüngere Personen, Personen mit tiefer Ausbildung, politisch eher rechts eingestellte Personen, und solche mit niedrigem politischem Interesse, sowie mit Migrationshintergrund sind signifikant häufiger unter den Apolitischen vertreten als ältere Personen, Personen mit hoher Ausbildung, politisch eher links eingestellte Personen, solche mit hohem politischem Interesse und ohne Migrationshintergrund.

Die Mehrheit der Stimmberechtigten (51%) lässt sich als *institutionell Engagierte* bezeichnen. Sie betrachten die Teilnahme an klassischen Beteiligungsformaten wie Wahlen und Abstimmungen als Bürger:innenpflicht und nehmen diese auch pflichtbewusst wahr. Darüber hinaus beschäftigen sie sich aber eher selten mit Politik. Insbesondere Männer, Personen ohne Migrationshintergrund, eher politisch rechts eingestellte und solche mit wenig ausgeprägtem politischem Interesse gehören signifikant häufiger zu den institutionell-Engagierten.

Die dritte Gruppe, die *politischen Aktivist:innen* (27%), beteiligen sich ebenso stark an Wahlen und Abstimmungen wie die institutionell-Engagierten. Darüber hinaus machen sie sich aber auch viele weitere, nicht-institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten zu eigen und engagieren sich auf vielfältige Art und Weise in der Gesellschaft. Einzig in den etablierten Parteienstrukturen fühlen sie sich weniger zu Hause und engagieren sich entsprechend selten in politischen Parteien oder kandidieren für politische Ämter. Zu den politischen Aktivist:innen gehören signifikant häufiger Frauen, Personen mit höherer Ausbildung und hohem politischem

Interesse, eher politisch links eingestellte Personen und solche, die sich selbst als politisch kompetent einschätzen.

Im Unterschied zu den politischen Aktivist:innen sind die *Politik-Enthusiast:innen*, der vierte identifizierte Partizipationstyp (7%), viel stärker in den etablierten parteipolitischen Strukturen aktiv. Sie leben praktisch für die Politik, engagieren sich gesellschaftlich, bringen sich in politischen Parteien ein und nutzen die gesamte Bandbreite der ihnen zur Verfügung stehenden Beteiligungsmöglichkeiten. Sie zeichnen sich hauptsächlich durch ein sehr hohes politisches Interesse aus. Darüber hinaus weisen weder das Alter, das Geschlecht, die Ausbildung, noch die Herkunft oder die politische Orientierung signifikante Effekte auf, die diese Typenzugehörigkeit erklären können.

Zu den Nicht-Stimmberechtigten zählen diejenigen der Befragten, die unter 18 Jahre alt sind oder die Schweizer Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Sie machen rund 37.5 Prozent der Befragten aus. Für die Nicht-Stimmberechtigten wurden drei Partizipationstypen identifiziert, einzig die *institutionell Engagierten* fallen aufgrund des fehlenden Wahl- und Stimmrechts weg. Die *Apolitischen* machen unter den nicht-Stimmberechtigten rund 58 Prozent aus, die *politischen Aktivist:innen* rund 31 Prozent, die *Politikenthusiast:innen* 11 Prozent. Die Faktoren, die die Zugehörigkeit zu den einzelnen Partizipations-Typen erklären, sind jeweils sehr ähnlich wie bei den Stimmberechtigten. Der viel höhere Anteil der Apolitischen im Vergleich zu den Stimmberechtigten lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass ihnen die institutionelle Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen verwehrt bleibt, weshalb die Mehrheit der nicht-Stimmberechtigten nicht aktiv am politischen Geschehen teilnimmt.

## Partizipationswille

Der Wille, sich auch in Zukunft politisch zu beteiligen, ist bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eindeutig vorhanden. Die grösste Teilnahmebereitschaft gilt dabei den institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten, und zwar der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Auch neue Beteiligungsformate, wie beispielsweise der Zukunftsrat U24 stossen bei den Befragten auf ein beachtliches Interesse. Rund ein Viertel der Befragten gibt an, am Zukunftsrat U24 teilnehmen zu wollen. Allgemein lässt sich festhalten, dass ein Bürger:innenrat für Jugendliche grösstenteils ähnliche Jugendliche und junge Erwachsenen anspricht und zur politischen Teilnahme motiviert, wie ein Jugendparlament / eine Jugendsession. Beide Beteiligungsformen sprechen im Unterschied zu klassischen Formen wie Wahlen und Abstimmungen stärker jüngere Personen und solche mit Migrationshintergrund, bzw. ohne Schweizer Pass, an. Darüber hinaus zeigt sich, dass Formate wie der Zukunftsrat U24 ein gewisses Potenzial aufweisen, solche Jugendliche und jungen Erwachsenen zur Teilnahme zu motivieren, die gegenüber etablierten politischen Institutionen und politischen Parteien skeptisch gestimmt sind. Insofern bieten solche neuen Formate die Chance, ein breiteres Spektrum an Jugendlichen und jungen Erwachsenen in politische Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, und durch ihre Teilnahme im besten Fall auch ihr Interesse für und ihr Vertrauen in die Politik weiter zu stärken.